

# Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis

nach § 2 Abs. 1 des Gaststättengesetzes (GastG)

- zum Betrieb einer Schankwirtschaft  
 zum Betrieb einer Schank- und Speisewirtschaft  
 Stellvertretungserlaubnis gemäß § 9 GastG  
 zugleich als Antrag auf eine vorläufige Erlaubnis gemäß § 11 GastG  
 befristet bis \_\_\_\_\_  unbefristet

Name der Gaststätte:

Betriebssitz:

Eröffnung am:

1.	<b>Personalien der Antragstellerin/ des Antragstellers oder der (Stell-)Vertreterin/ des (Stell-)Vertreters</b>		
1.1	Familiename, Geburtsname, Vornamen		
1.2	Geburtsdatum	Geburtsort- und Geburtsland	
1.3	Staatsangehörigkeit	Bei Ausländern: Aufenthaltserlaubnis bis _____ Erwerbstätigkeit gestattet: <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	
1.4	Wohnsitz	Telefon geschäftlich	
1.5	<b>Wohnsitz in den letzten 3 Jahren</b>		
	<i>Von</i>	<i>Bis</i>	<i>Aufenthaltsort</i>
1.6	<b>Bei Antragstellung für juristische Personen oder Verein:</b> Firma/ Vereinsname: Betriebs- oder Vereinssitz: Eingetragen im Handelsregister/ Genossenschaftsregister beim Amtsgericht in: Nummer der Eintragung (Bitte Auszug aus dem Register beifügen):		
1.7	<b>Betreiben Sie zurzeit noch weitere Gaststätten?</b> <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja  <b>Haben Sie in den letzten 3 Jahren eine Gaststätte betrieben</b> (als Einzelunternehmerin/ Einzelunternehmer bzw. als Vertretungsberechtigte/ Vertretungsberechtigter einer juristischen Person/ Gesellschaft/ eines nicht rechtsfähigen Vereins)?  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, in _____		
1.8	<b>Erfolgte in den letzten 3 Jahren ein Eintrag im Schuldnerverzeichnis?</b> <b>Wurde in den letzten 3 Jahren eine Vermögensauskunft abgegeben?</b> <b>Wurde in den letzten 3 Jahren ein Insolvenzverfahren eröffnet bzw. der Eröffnungsantrag mangels Masse abgewiesen?</b> <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, in _____ Az: _____		
1.9	<b>Gab es in den letzten 5 Jahren ein Ermittlungsverfahren bei der Polizei oder Staatsanwaltschaft?</b> <b>Wird aktuell ein solches Verfahren geführt?</b> <input type="checkbox"/> Ja, bei _____ <input type="checkbox"/> Nein wegen des Vorwurfs: _____ Aktenzeichen _____		
1.10	<b>Ist ein Bußgeldverfahren wegen Verstößen in Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit anhängig oder abgeschlossen?</b> <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, bei _____ wegen :		
1.11	<b>Wird ein Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 GewO geführt oder ist ein solches Verfahren bereits abgeschlossen?</b> <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, bei _____		

<b>2.</b>	<b>Angaben zum Betrieb</b>			
2.1	<input type="checkbox"/> <b>Neuerrichtung</b> <input type="checkbox"/> <b>Übernahme</b> Bisheriger Name des Betriebes, Bisheriger Betreiber:			
2.2	<b>Betriebsart</b> (z. B. Restaurant, Café, Diskothek) <b>Vorgesehene Betriebszeit</b> (Wochentag/ Öffnungszeit)			
	<b>Art der Speisen:</b>  <b>Art der Getränke:</b>			
2.3	<b>Beschäftigung von Personen im Betrieb vorgesehen?</b> <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, und zwar ____ Personen <b>Ist die Mitarbeit des Ehegatten im Betrieb vorgesehen?</b> <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja			
2.4	<b>Betriebssitz in Ahrensburg</b> (Straße, Hausnummer, Etage, u. ä.):			
2.5	<b>Angaben zu den Betriebsräumen</b>			
	<b>Zweckbestimmung</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Raum-Nr.</b>	<b>Lage/ Etage</b>
	Schank- und Speiseraum			
	Raucherraum			
	<b>Küche</b> Lebensmittellageraum Kühlraum Tiefkühlung			
	Sonstige Nebenräume			
	<b>Toilettenanlagen für Gäste</b> für Herren für Damen			
	<b>Toilettenanlage für die Beschäftigten</b>			
	Umkleideräume			
2.6	<b>Außenfläche</b>			
	<b>Wurde eine Sondernutzungserlaubnis für die Außenfläche erteilt?</b> <input type="checkbox"/> Ja, und zwar am _____ von _____			<input type="checkbox"/> Nein

<b>3. Nachweise der persönlichen Zuverlässigkeit:</b>	
3.1	<b>Antrag auf Erteilung eines Führungszeugnisses zur Vorlage bei der Stadt Ahrensburg, FD II,1, 22923 Ahrensburg ist gestellt?</b> <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
3.2	<b>Antrag auf Erteilung eines Gewerbezentralregisterauszugs zur Vorlage bei der Stadt Ahrensburg, FD II,1, 22923 Ahrensburg ist gestellt?</b> <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
3.3	<b>Bei einer eingetragenen Firma: Handelsregisterauszug</b> <input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> wird nachgereicht
3.4	<b>Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamtes</b> <input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> wird nachgereicht
3.5	<b>Unterrichtungsnachweis nach § 4 Abs. 1 Nr. 4 Gaststättengesetz der Industrie- und Handelskammer</b> <input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> wird <b>innerhalb von drei Monaten</b> nachgereicht

**4. Erforderliche Nachweise für Mitarbeiter**

<b>Belehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz</b> (so genanntes Gesundheitszeugnis)	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> wird nachgereicht für die folgenden <b>Mitarbeiter:</b> <b>1)</b> <b>2)</b> <b>3)</b> <b>4)</b> <b>5)</b>
--	--

Bei ausländischen Antragstellern kann zusätzlich ein Führungszeugnis/ Leumundszeugnis oder Auszug aus der amtlichen Strafliste (Strafregister) des Heimatstaates erforderlich sein.

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben. Mir ist bekannt, dass bewusst falsch gemachte Angaben eine Verfolgung als Ordnungswidrigkeit nach sich ziehen und außerdem zur Versagung oder Rücknahme der Erlaubnis führen können.

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass keine Erlaubnis/vorläufige Erlaubnis erteilt wird, solange die Unterlagen nicht vollständig eingereicht sind.

Mir ist bekannt, dass ich das Gewerbe nicht beginnen darf, solange keine schriftliche Erlaubnis erteilt ist und dass der Beginn des Gewerbes ohne Erlaubnis eine Ordnungswidrigkeit darstellt.

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass auch bei Ablehnung des Antrags eine Gebühr zu entrichten ist.

Die Hinweise über die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Seite 4 dieses Antrages habe ich/haben wir zur Kenntnis genommen.

Ahrensburg, den

-----  
 (Unterschrift des/ der Antragsteller/s)

## **Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten im gaststättenrechtlichen Konzessionsverfahren nach § 10 Abs. 2 Landesdatenschutzgesetz**

### **Rechtsgrundlage und Zweck der Datenerhebung**

Wer ein Gaststättengewerbe im Sinne des Gaststättengesetzes (GastG) betreiben will, bedarf einer Erlaubnis nach § 2 Abs. 1, § 9 oder § 11 Gaststättengesetz. Die mit dem Antragsvordruck erhobenen Daten dienen ausschließlich der Feststellung der persönlichen Zuverlässigkeit der Antragstellerin oder des Antragstellers, der Antragsberechtigung, der Beurteilung der Eignung der für den Betrieb vorgesehenen Räume sowie der Überwachung der Gewerbeausübung. Die personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des § 11 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 31 des Gaststättengesetzes erhoben und verarbeitet.

### **Weiterverarbeitung der Daten im gaststättenrechtlichen Verfahren**

Antragstellerinnen oder Antragsteller haben grundsätzlich selbst die für das Antragsverfahren erforderlichen Angaben zu machen und die notwendigen Unterlagen beizubringen. Folgende Behörden werden im Rahmen des Erlaubnisverfahrens beteiligt:

- a) Ggf. die örtlich zuständigen Ordnungsbehörden und Stadt- oder Gemeindekassen des früheren Betriebssitzes, die Staatsanwaltschaft und ggf. die Polizeistation des Wohnsitzes,
- b) die für den Betriebsort zuständige untere Bauaufsichtsbehörde, das Gesundheitsamt, die Lebensmittelaufsichtsbehörde und das Amt für Brandschutz des Kreises Stormarn.

Ist die Beteiligung weiterer Stellen für das Antragsverfahren erforderlich, so wird die Antragstellerin oder der Antragsteller darüber unterrichtet.

Nach Abschluss des Verfahrens werden folgende Behörden über die Erteilung der Erlaubnis unterrichtet:

Untere Bauaufsichtsbehörde, die für den Arbeitsschutz zuständige Behörde, die Lebensmittelaufsichtsbehörde und - bei ausländischen Antragstellerinnen oder Antragstellern - die Ausländerbehörde durch formlose Mitteilung ohne Anlagen, soweit diese Behörden am Antragsverfahren beteiligt worden sind. Dem zuständigen Finanzamt wird eine entsprechende Zweitschrift ohne Anlagen übersandt. Auf die Einhaltung der steuerlichen Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten in diesen Fällen wird hiermit hingewiesen (Mitteilungsverordnung vom 07. September 1993).